

Verordnete Geschichtsbilder

Historische Museumspläne der Bundesregierung

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Marburg und Tübingen. Seit 1968 ist er Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Veröffentlichungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und Österreichs im 19. und 20. Jahrhundert mit dem Schwerpunkt auf der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Künstliche Identitätsstiftung

„Kein Staat kann ohne die Einbettung in die Geschichte, ohne Berücksichtigung der aus ihr gewonnenen Erfahrungen bestehen“ - mit diesem Sinnpruch eröffnete der Minister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Oscar Schneider, die seiner Kabinettsvorlage vom 15. Juli 1985 beigefügte Denkschrift zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik“ in Bonn. Als Beauftragter für die kulturellen Bauvorhaben in Bonn und Berlin ist er federführend für die beiden historischen Großprojekte der Bundesregierung: der Dauerausstellung zur Vorgeschichte und Geschichte der Bundesrepublik in Bonn und dem „Deutschen Historischen Museum“ in West-Berlin. Die Betreuung Oscar Schneiders anstelle des zuständigen Bundesinnenministers ist formal darin begründet, daß beide Pläne die Erstellung umfassender Neubauten voraussetzen, für die im Fall des Bonner „Haus der Geschichte“ bereits konkrete Vorstellungen vorhanden sind, während für das Berliner Projekt zum 1. März ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden soll, obwohl die städtebauliche Rahmenplanung für den Zentralbereich des alten Berliner Zentrums noch keineswegs abgeschlossen ist. Tatsächlich geht jedoch die Ernennung des Bundesbeauftragten für die historischen Museen auf den Wunsch von Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich persönlich mit beiden Museumsplänen identifiziert und sie als „nationale Aufgabe von europäischem Rang“ bezeichnet hat, zurück. Denn Oscar Schneider besitzt das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers.

Obwohl der Kanzler seinerzeit sein Studium in Heidelberg mit einer historischen Dissertation abgeschlossen hat, geht es ihm bei beiden Planungen nicht darum, der historischen Forschung die Chance einzuräumen, ihre Arbeit der Öffentlichkeit besser zu präsentieren. Vielmehr erhofft sich die Bundesregierung von beiden Vorhaben eine „Festigung des historischen Selbstverständnisses“ der Bürger der Bundesrepublik. Sie tut dies in der Erwartung, daß eine stärkere historische Rückbesinnung die Verbundenheit mit Staat und Verfas-

sung erhöhen und das gesamtdeutsche Nationalbewußtsein beleben werde. „Es geht um die Schaffung einer Stätte der Selbstbesinnung und Selbsterkenntnis“, erklärte der Kanzler am 27. Februar 1985 in seinem Bericht zur Lage der Nation, „wo nicht zuletzt junge Bürger unseres Landes etwas davon spüren können - und sei es zunächst auch nur unbewußt -, woher wir kommen, wer wir als Deutsche sind, wo wir stehen und wohin wir gehen werden“. Das sind, bezogen auf die Aufgaben eines historischen Museums, anspruchsvolle Worte, die eine mehr oder minder eindeutige historische Standortbestimmung fordern, letztlich ein verbindliches deutsches Geschichtsbild, das auch Aussagen über den zukünftigen Weg der Nation einschließt.

In der Tat ist die Stiftung eines neuen historischen Konsenses der geheime Wunsch der Koalitionsparteien. Einerseits geht es darum, die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik historisch zu dokumentieren. Andererseits steht der Gedanke im Hintergrund, wie ein CDU-Landtagsabgeordneter anlässlich der Richtliniendebatte zur Behandlung der deutschen Frage im Geschichtsunterricht 1978 formulierte, „die tausend Jahre heiler deutscher Geschichte jenseits des Nationalsozialismus“ freizulegen und zur Abstützung eines konservativ gefärbten Patriotismus zu nützen. Nur widerwillig und erst auf das Drängen der Öffentlichkeit hin hat sich der längst eingerichtete Planungsstab für das „Haus der Geschichte“ in Bonn dazu bereit erklärt, unter dem Stichwort „Die Last der Vergangenheit“ den „Schatten der Katastrophe“ (so Bauminister Schneider in der erwähnten Vorlage), also die Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, mit zu berücksichtigen, allerdings nur als eines von 23 Schwerpunktthemen. Die Auffassung des Direktors des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Professor Martin Broszat, der zahlreiche Experten auf dem vom SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve veranstalteten Hearing zustimmten, daß die Entstehung der Bundesrepublik und die Herausbildung der deutschen Teilung nur im Kontext mit der Geschichte des Dritten Reiches sinnvoll dargestellt werden könnten, wurde beiseitegeschoben. Welches Gewicht dieser schwierigste Abschnitt der deutschen Geschichte im projektierten Bernner Historischen Museum einnehmen wird, ist noch offen.

Unzweifelhaft besitzt die Geschichte die eigentümliche Kraft der Identitätsstiftung, aber sie lehrt auch, daß jeder künstliche Versuch, dies zu forcieren, ins Gegenteil umschlägt. Den Bundeskanzler stört dies nicht. Er scheint sich nicht bewußt zu sein, daß moderne historische Museen vom Methodenfortschritt der historischen Wissenschaften nicht abgekoppelt werden können. Dem Selbstverständnis der internationalen Historiographie entspringt die Einsicht, daß Geschichte nur aus einer kritischen Distanz heraus und gerade nicht als Gegenstand emotionaler Identifikation dargestellt werden kann, und dies betrifft auch das Arrangement historischer Ausstellungen. Zwar beteuern die Urheber des Museumsplans, ein „ganzes Bild“ bieten und „die in der deutschen Geschichte vorhandenen Widersprüche und Konflikte unparteiisch“ aufzeigen zu wollen, und gleichermaßen hat der Bundeskanzler Wert

darauf gelegt, die Planungskommission, die inzwischen beim Bundesbauminister eingerichtet worden ist, „fachlich und politisch ausgewogen“, was immer dies heißen mag, zusammenzusetzen. Auch dürfe kein „einseitiges“ Bild entstehen. Gleichwohl ist beträchtliche Skepsis darüber angebracht, daß dies Versprechen eingelöst wird.

Das Bonner „Haus der Geschichte“

Die für das Bonner „Haus der Geschichte“ eingesetzte Sachverständigenkommission besteht aus den Professoren Lothar Gall, Klaus Hildebrandt und Horst Möller sowie dem Museumsfachmann Ulrich Löber. Professor Gall hat die im ehemaligen Reichstagsgebäude aufgestellte Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ aufgebaut, die, wenn den Versicherungen der Bundesregierung Glauben geschenkt werden kann, von den neuen musealen Planungen nicht tangiert werden soll. Um die Koordination der beiden Projekte zu gewährleisten, gehört er auch der überwiegend aus Fachhistorikern gebildeten Sachverständigenkommission für das Berliner Historische Museum an. Die Professoren Hildebrandt und Möller sind eindeutig dem ausgesprochen konservativen Flügel des Faches zuzurechnen. Interventionen der Opposition und des DGB, für eine breitere richtungspolitische und fachliche Repräsentation zu sorgen, sind unter Hinweis auf die später im Rahmen der Schaffung einer Stiftung des öffentlichen Rechts zu bildenden Beratungsgremien beiseitegeschoben worden.

Es kann dahingestellt bleiben, ob die personelle Besetzung des Planungsstabs und vorläufigen Direktoriums dem Anspruch auf die angestrebte Überparteilichkeit Rechnung trägt oder nicht. Die fachwissenschaftliche Qualifikation der Beteiligten steht außer Frage. Eine stärker sozialhistorische Ausrichtung des für die Gestaltung des „Drehbuchs“ verantwortlichen Gremiums hätte dem Projekt sicherlich nützlich sein können. Aber darum geht es nicht eigentlich. Vielmehr sollte eine öffentliche Präsentation der Geschichte der Bundesrepublik - das „Drehbuch“ reicht bis zum Jahr 1982 und behandelt daher auch noch unmittelbar zwischen den Parteien strittige Vorgänge - von vornherein im Konsens der verschiedenen politischen Richtungen vorgenommen werden, damit die Parteien des Deutschen Bundestages und demokratische Organisationen wie die Gewerkschaften an den personellen und sachlichen Vorentscheidungen beteiligt werden, schon um den Eindruck zu vermeiden, als würde sich das „Wendeprogramm“ der Bundesregierung in der Ausstellungsplanung in Bonn niederschlagen.

Wenn das „Haus der Geschichte“ die Funktion haben soll, den Konsens zwischen den verschiedenen politischen Repräsentanten der Bundesrepublik zu verstärken, ist es unerlässlich, diesen auch im Planungsstadium politisch herzustellen, zumal dies verfassungsrechtlich im Hinblick auf die Kulturhoheit der Länder geboten erscheint. Der Vorschlag der Opposition, die Konzeptualisierung und die personellen Vorentscheidungen in die Verantwortung der Fraktionen des Bundestages unter maßgeblicher Beteiligung des Bundespräsi-

denen zu legen und damit deutlich zu machen, daß das „Haus der Geschichte“ einer gemeinsamen Willensbildung der republikanischen Parteien entspringt, ist seinerzeit vom damals federführenden Bundesminister des Innern unter dem Vorwand verfassungsrechtlicher Hindernisse zurückgewiesen und von der Bundesregierung nicht weiter verfolgt worden, die sich im übrigen auf eine vorläufige Unterrichtung der Länder beschränkte.

Das Berliner „Deutsche Historische Museum“

Was für das „Haus der Geschichte“ gilt, das als Ausstellung geplant ist und neben einer Dauerausstellung wechselnde Sonder- und Wanderausstellungen vorsieht, in die übrigens die Geschichte der Gewerkschaften im wesentlichen abgedrängt ist, jedenfalls den der Öffentlichkeit zugänglichen Drehbüchern zufolge, gilt um so mehr für das Berliner Projekt. Zwar drängt sich den Beteiligten die etwas späte Erkenntnis auf, daß es nicht möglich ist, ein großes historisches Museum, das im Unterschied zur Ausstellung als Exponate originale Artefakten und Objekte benötigt, in einem Schritt zustandezubringen. Daher hat man dem ursprünglichen vom CDU-Kultussenator Hassemer entwickelten Plan eines „Forums für Geschichte und Gegenwart“ den Gedanken entlehnt, die Dauerexponate durch wechselnde Ausstellungen zu ergänzen. Unverkennbar ist aber, daß die inhaltlichen und baulichen Vorentscheidungen langfristige Bedeutung haben und bestimmte historisch-politische Optionen festschreiben, die schon wegen des beträchtlichen Mitteleinsatzes nur sehr schwer wieder verändert werden können. Daher hat eine von der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses eingesetzte Expertenkommission die Forderung erhoben, die ursprüngliche Planung des „Forums für Geschichte und Gegenwart“ in das Museumsprojekt einzubringen und vor allem dessen inhaltliche Ausrichtung in einem öffentlichen Diskurs, also nicht unter Zeitdruck und hinter verschlossenen Türen, zu entwickeln.

Tatsächlich ist der Entschluß der Bundesregierung, das „Deutsche Historische Museum“ der Stadt Berlin als Geburtstagsgeschenk anläßlich der 750 Jahrfeier 1987 zu bauen und einzurichten, in keiner Weise ausgereift. Die für den vorgesehenen Neubau zugesicherten 250 Millionen DM decken nur einen Bruchteil der tatsächlich entstehenden Kosten, insbesondere nicht die Folgekosten für Bauunterhaltung und fachliches Personal. Es ist bisher nicht bekannt, wie der Bundesfinanzminister zu dieser finanziellen Vorentscheidung steht. Sicher ist, daß West-Berlin nicht in der Lage sein wird, einen nennenswerten Teil der Folgekosten zu übernehmen. Auch wird die Stadt nur einen geringen Prozentsatz der in unbegrenzte Dimensionen anwachsenden Aufwendungen leisten können, die nötig werden, wenn die Expertenkommission an dem Entschluß, in erster Linie originale Exponate auszustellen, festhält, von denen, abgesehen von einer „großartigen Sammlung von Ritterrüstungen“ und einem weiteren kleinen Fundus kaum etwas in Sicht ist. Ausdrücklich hat der Bundesbauminister erklärt, daß es nicht beabsichtigt sei, das bayerische Vorbild zu übernehmen, demzufolge die Provinzialmuseen Teile ihrer Sammlungen abgeben müssen, um Franz Josef Strauß die Einrichtung

eines repräsentativen Museums zur bayerischen Geschichte in München zu ermöglichen.

Museumsexperten haben mit guten Gründen darauf hingewiesen, daß es fragwürdig ist, nun plötzlich mit neuen historischen Museumsvorhaben hervortreten, statt die chronische personelle Unterausstattung der vorhandenen regionalen und Heimatmuseen zu verbessern, die diese Instand setzen würde, den bei ihnen angesammelten Fundus an Exponaten dem Besucher zugänglich zu machen. Ginge es nur um die allgemeine Intensivierung des historischen Bewußtseins, wie die Bundesregierung vorgibt, wäre letzteres sicherlich der bessere und wesentlich einfachere, im übrigen finanziell billigere und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wesentlich stärker beitragende Schritt dazu. Aber es ist unverkennbar, daß für die Berliner Museumsplanung der Gedanke der äußeren Repräsentation der deutschen Nation Pate steht. Wie sonst konnte der Bundesbauminister ausgerechnet das Nationalmuseum in Mexico City und das Diaspora-Museum in Tel Aviv ausdrücklich zum Vorbild wählen und die entsprechenden Reisemittel zu beiden Stätten bereitstellen. Im ersteren Fall handelt es sich um ein zumindestens vom Standpunkt der jetzigen Regierungskoalition höchst einseitiges Bild der mexikanischen Revolutionsgeschichte, die mit der Nationsbildung des Landes in engem Zusammenhang steht. Das zweite Modell ist eine ausgezeichnete Darstellung der Geschichte des Judentums in der Diaspora unter eindeutig zionistischem Vorzeichen, wobei aber auf Originale überhaupt verzichtet worden ist. Beide Vorbilder, die jeweils ein geschlossenes, richtungspolitisch eindeutig verortetes nationales Geschichtsbild repräsentieren, sind auf die deutsche Geschichte, deren Brüche und Konflikte bis heute gegensätzliche Beurteilungen und Darstellungen der zentralen geschichtlichen Vorgänge nach sich ziehen, überhaupt nicht übertragbar, es sei denn man wolle von vornherein einer tendenziös gefärbten Geschichtsdarstellung den Vorzug gegenüber einer pluralistischen Sicht der Geschichte der Deutschen geben.

Es ist ebenso deutlich, daß Bundeskanzler und Bundesbauminister mit der Berliner Museumsplanung die Absicht verfolgen, dem im alten Berliner Zeughaus untergebrachtem „Museum der deutschen Geschichte“, das die Sicht der SED widerspiegelt, eine Darstellung der „wahren“ deutschen Geschichte gegenüberstellen, und dies im wirklichen Sinne des Wortes; denn das Zeughaus ist von dem künftigen Museumsstandort nur einige Steinwürfe weit entfernt und nur durch die Existenz der Mauer faktisch und psychologisch einer anderen Welt angehörig. Es ist davon abzuraten, eine auf lange Sicht berechnete Museumsplanung mit einem solchen polemischen Nebengedanken zu belasten und dem Historischen Museum unangesprochen den Charakter der „Gegendarstellung“ zu verleihen, was ohnehin nicht mit der Preisgabe des früheren Konfrontationskurses gegenüber der DDR zusammenstimmen würde. Aber auch in der Sache ist davon abzuraten, einem gleichartigen, ganz auf die Darstellung der nationalen Geschichte abgestellten Konzept zu folgen. Denn hinsichtlich der Exponate ist Ost-Berlin in jedem Falle dem West-Berliner Pen-

dant überlegen: Beim Zeughaus handelt es sich um eine historisch gewachsene Sammlung, der selbst bei Aufbietung höchsten Mitteleinsatzes nichts Gleichartiges entgegengesetzt werden kann. In der exponierten Lage in West-Berlin stellt jede Form eines historischen Nationalmuseums eine politische Aussage und in gewissem Sinn eine Herausforderung der sich auf die gleiche nationale Tradition abstützenden DDR dar. Das erfordert, wenn man schon einmal an der Museumserrichtung selbst festhält, eine sorgfältige Konzeptualisierung, zumal schwer abzuschätzen ist, inwieweit der durch das Viermächteabkommen fortgeschriebene Status Berlins dabei berücksichtigt werden muß.

Ob die Voraussetzungen für eine solche Konzeptualisierung gegeben sind, ist zumindest zweifelhaft. Die von der Sachverständigenkommission gebildete engere Planungsgruppe, der Professor Werner Knopp, der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, vorsteht (möglicherweise wird das bevorstehende Kulturabkommen mit der DDR deren bisherige grundsätzliche Ablehnung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ausräumen), ist gehalten, bis Anfang März einen ersten Entwurf als Grundlage für die Ausschreibung eines „Ideenwettbewerbs“ der Architekten vorzulegen. Es bleibt abzuwarten, wie dieser Entwurf aussieht und ob er der Öffentlichkeit rechtzeitig zugänglich gemacht wird. Sicher ist jedoch, daß diese Kommission, die erst im Herbst 1985 gebildet wurde und ihre Arbeiten erst im November aufnahm, ein gründliches Gesamtkonzept, das die Fülle technischer Fragen und sachlicher Probleme systematisch beantwortet, schwerlich bis zu diesem Zeitpunkt wird erstellen können, so daß, ähnlich wie beim Bonner „Haus der Geschichte“, die Bauplanung einsetzt, bevor die inhaltliche Planung wirklich ausgereift ist.

Von der erwähnten Expertenkommission der Berliner SPD ist daher mit Entschiedenheit gefordert worden, die Planung zu öffnen und eine breite öffentliche Erörterung zu ermöglichen, an deren Ende vielleicht eine gewisse Konsensbildung über inhaltliche Schwerpunktbildungen der Museumsgestaltung stehen könnte. Das verträgt sich jedoch nicht mit der Absicht des Bundesbauministers, möglichst bald einen „Generaldirektor“ des künftigen Museums zu ernennen. Unverkennbar trachtet die Bundesregierung danach, die grundlegenden Personalentscheidungen ohne die Hinzuziehung der Oppositionsparteien zu fällen; der zunächst auf 16 Mitglieder begrenzten Expertenkommission gehört mit Richard Löwenthal ein einziger Sozialdemokrat an. Es ist kennzeichnend, daß Kultussenator Hassemer bei deren Besetzung mit der Mehrzahl seiner Personalvorschläge nicht durchgedrungen ist. Gewiß kann der Diepgen-Senat das versprochene Präsent aus Bonn nicht zurückweisen, aber es ist offenkundig, daß hinter dem nach außen herausgestellten Einvernehmen zwischen Bundesregierung und dem Senat von Berlin eine weitgehende Einflußlosigkeit des Beschenkten hinsichtlich der sachlichen und personellen Vorentscheidungen zu konstatieren ist. Es ist auch verfassungsrechtlich fraglich, ob es genügt, die Planung „in Absprache“, nicht im Einvernehmen mit dem Senat von Berlin vorzunehmen und auch hier die parlamentarische Behandlung durch *faits accomplis* zur Farce zu machen.

Für die Beteiligten scheint außer Zweifel zu stehen, daß das projektierte Nationalmuseum in Berlin hinreichende Anziehungskraft entfalten wird, um als Besitz der Nation zu gelten und von den Bürgern der Bundesrepublik als Spiegel der eigenen Geschichte empfunden zu werden. Vermutlich wird es ebenso wie bei der Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ zu einer obligaten Visite der zu Besuch in West-Berlin weilenden bundesrepublikanischen Schulklassen und der Berlin-Touristen kommen. Ob sich dafür die extrem hohen Aufwendungen lohnen, ist fraglich. Jedes historische Museum verlangt ein soziales Umfeld, das es allein aus einer antiquarischen Veranstaltung zu einem Spiegel lebendiger Geschichte macht. Die bislang erkennbare bildungsbürgerliche Ausrichtung des Museumsprojekts dürfte die Masse der West-Berliner wenig angehen. Jedenfalls sind sie an dessen Zustandekommen nicht beteiligt, das auf die Intervention des Erlanger Historikers Michael Stürmer zurückgeht, der es dem Bundeskanzler an Stelle oder in Ergänzung des bewußt auf den musealen Zuschnitt Verzicht leistenden „Forums für Geschichte und Gegenwart“ vorschlug. Jetzt will man beide Institutionen konkurrierend ins Leben rufen, ohne die Frage zu prüfen, ob Ideen- und Finanzhaushalt dazu ausreichen, jeweils originelle Konzepte zu realisieren — und künstliche Museen sind ohne innovative Ideen, die nicht den Keim einer Vorgeschichte besitzen, überhaupt nicht attraktiv zu machen.

In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß der Bundesbauminister - zuletzt in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage vom Januar 1986 - versichert, daß das „Deutsche Historische Museum“ die „gesamte deutsche Geschichte - von den Anfängen bis zur Gegenwart - darstellen“ solle, und ähnlich wurde von den Sachverständigen die Absicht bekundet, „alle Lebensbereiche der deutschen Geschichte darzustellen und ein umfassendes Spektrum aller politischen Kräfte von rechts bis links zu zeigen“, damit - erfreulicherweise - auch die Aspekte der Arbeitswelt und des Alltagslebens zu berücksichtigen. Während gewachsene historische Museen mit guten Gründen die Selektion der gezeigten Gegenstände mit den spezifischen Bedingungen einer historisch gewachsenen und damit notwendigerweise fragmentarischen Sammlung begründen, sind künstliche Museen und Dauerausstellungen - so die Bonner wie die Berliner Planung - notwendig darauf verwiesen, mit einer gewissen Systematik vorzugehen und Prioritätensetzungen zu begründen. Hier verbirgt sich der Fallstrick der Berliner Planung, der mich veranlaßt hat, die Befürchtung zu äußern, daß sie zur „größten Investitionsruine der Bonner Wendepolitik“ geraten könne.

Es ist kein Zufall, daß in Deutschland und ebenso in West- und Südeuropa nationalhistorische Museen, die beanspruchen, die Gesamtheit der Geschichte des Landes widerzuspiegeln, nicht existiert haben und nicht existieren. Derartige Veranstaltungen pflegen nur bei Nationalstaaten oder sozialistischen Ländern anzutreffen zu sein, die teils aus Gründen einer nachgeholtten Nationsbildung, teils aus politischem Bedürfnis eine letztlich staatlich verordnete geschichtliche Legitimierung ihres Daseins für unentbehrlich

ansahen. Daß die Bundesrepublik in dieser Hinsicht die DDR ein- und zu überholen sucht, spricht nicht gerade für die Solidität des Vorhabens, im 20. Jahrhundert auf die im nationalsozialistischen 19. Jahrhundert entwickelte Konzeption einer Nationalgeschichte zurückzugreifen, und dies angesichts der Spaltung der Nation und ausgerechnet dort, wo sie am meisten fühlbar ist: in West-Berlin gegenüber dem Reichsgebäude und in Sichtweite des auf westzonalen Boden gelegenen sowjetischen Ehrenmals.

Von einzelnen Mitgliedern der Sachverständigenkommission wird immer wieder beschworen, daß in dem Museum auf eine Erneuerung des nationalstaatlichen Denkens des 19. Jahrhunderts Verzicht geleistet werden soll. Die Berliner SPD-Expertenkommission hat demgegenüber dargelegt, daß das Festhalten an dem inzwischen beschlossenen chronologischen Konzept mit dem Einsatzpunkt im 10. Jahrhundert mit inhärenter Automatik auf die Einschienenbahn einer nationalstaatlichen Ausrichtung geraten muß, da nur der nationale Gesichtspunkt, damit der äußere Rahmen die historische Vielfalt, die man zur Darstellung bringen will, zusammenzuhalten vermag. Andere, darunter sozialgeschichtliche Perspektiven sind notwendig von national übergreifendem Charakter, zwingen also dazu, den mitteleuropäischen Lebensraum als ganzen, damit auch die Geschichte der slawischen Nachbarvölker, einzubeziehen. Letzteres wäre, wenn man auf originale Exponate verzichtet, technisch möglich, nur würde es dann zu verhängnisvollen Mißverständnissen in den östlichen Nachbarländern Anlaß geben und selbst zu einer fragwürdigen Idealkonkurrenz mit dem heutigen österreichischen Nationalstaat führen, wenn dies unter der Rubrik „Deutsches Historisches Museum“ versucht würde. Der Vorwurf, die deutsche Ostkolonisation und den deutschen Imperialismus des 20. Jahrhunderts gedanklich nachholen zu wollen und damit einem neuen Revisionismus indirekt das Wort zu reden, liegt ohnehin im Raum, und der zurückhaltendste nationalgeschichtliche Ansatz wird daran nichts grundsätzlich ändern. Insofern hat die Berliner Expertenkommission nachdrücklich davon abgeraten, die nationalgeschichtliche Selbstdarstellung programmatisch in den Vordergrund zu rücken, wenngleich es selbstverständlich erscheint, daß Themen zur deutschen Entwicklung, die uns näher liegen, eine stärkere Berücksichtigung erfahren.

Es spricht indessen alles dafür, daß - zumal angesichts der viel zu kurzfristigen Behandlung eines ungewöhnlich komplexen methodischen und sachlichen Problems - der Rückfall in eine Nationalgeschichte des hergebrachten Typus, trotz der Berücksichtigung von andersnationalen Minderheiten, transnationaler Einflüsse und der Verschränkung der deutschen Kultur mit derjenigen der Nachbarvölker, unweigerlich, wenngleich in verflachter Form, eintreten wird. Daran werden die nachdrücklichsten und subjektiv glaubwürdigen Absichtserklärungen der beteiligten Experten nichts ändern. Das Dilemma, daß diese Nationalgeschichte mit dem Dritten Reich und der deutschen Spaltung in ein Abseits führt, unter gegenwartspolitischer Perspektive entweder in einen utopischen gesamtdeutschen Aufruf oder in eine Darstel-

lung des stufenhaften Zerfalls eines zuvor weit ausgreifenden nationalen Gebildes einmündet, liegt auf der Hand. Die Experten glauben diese Schwierigkeit mit dem austauschbaren Hinweis ausräumen zu können, daß es sich um die museale Behandlung der „Geschichte der Deutschen“ oder einer „Geschichte Deutschlands“, nicht um diejenige des deutschen Nationalstaates handle. Wie diese spitzfindigen terminologischen Differenzierungen an den „einfachen“ Mann gebracht werden sollen, ist unerfindlich; nach welcher Seite auch immer gewendet, so der in den Entwurfspapieren enthaltenen Formel von der „Geschichte der Deutschen in Europa“, wird diese Programmatik implizit auf die nachträgliche Rechtfertigung überholter nationalistischer Positionen hinauslaufen.

Ebenso absurd mutet der Gedanke an, daß das „Deutsche Historische Museum“ die Geschichte der DDR mit repräsentieren will; wie letzteres praktisch umgesetzt werden soll, ohne eine Kette von Peinlichkeiten oder Affronts gegenüber der Staatsführung der DDR auszulösen, die der gesamt-nationale Anspruch des Museums unter gegenwärtigen Bedingungen ohnehin enthält, ist schwer zu sehen. Ursprünglich hatte man daher den Gedanken gefaßt, das Berliner Museum nur bis zum 8. Mai 1945 zu führen. Aber die Einsicht, daß man dann Berlin die Geschichte des „toten“ deutschen Nationalstaats aufbürdete, während man Bonn die der „lebendigen“ Bundesrepublik überließ und damit das gerade Gegenteil dessen demonstrierte, was man unter gesamt-nationalem Aspekt gerade anstrebte, ließ die Verantwortlichen rasch von dieser Idee Abstand nehmen, so daß auch in Berlin die Geschichte der Bundesrepublik abgehandelt werden wird, wobei der Bundesbauminister die Lösung der Frage, wer das Original der Gründungsurkunde der Bundesrepublik und wer die Faksimile-Kopie einstweilen hinter Panzerglas aufbewahrt, vorerst aufgeschoben hat.

In der Tat wird eine Konkurrenz beider Ausstellungen nicht auftreten; die Gleichartigkeit der Gründungsgremien sichert eine Konformität der Ideen. Der Umstand, daß man in Berlin die gesamte deutsche Geschichte zur Darstellung bringen will, dürfte für die Phase der Bundesrepublik mit Sicherheit nur äußerst geringen Raum lassen. Denn selbst bei größtmöglicher Museumsfläche führt das bislang vorhegende Konzept für das „Deutsche Historische Museum“ ohnehin zu einer derart holzschnittartigen Raffung der historischen Vorgänge, daß allenfalls Impressionen, möglicherweise im Sinne der vorstehend zitierten Zweckbestimmung durch den Bundeskanzler, vermittelt werden können. Da man außerdem - aus Zeitnot - dazu übergeht, zunächst eine Raumaufteilung nach Epochen vorzunehmen, ist diese Tendenz zur Verkürzung und damit Undifferenziertheit des Ausgesagten vermutlich gar nicht mehr umzukehren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden erst die hilfsweise geplanten Wechselausstellungen ein stärkeres Besucherinteresse auf sich ziehen. Diejenigen, die klassische historische Museen lieben, haben ohnedies sowohl im Westen wie im Osten der Stadt zahlreiche Gelegenheiten dazu, denn ein Mangel daran besteht glücklicherweise nicht.

Alternative Konzepte und Verfahren

Als seinerzeit der damalige Bundespräsident Walter Scheel den Gedanken eines historischen Nationalmuseums ins Spiel brachte, habe ich vor dem vorzeitigen Versuch gewarnt, angesichts der Gegensätze und Brüche im deutschen Geschichtsbewußtsein vom Vorhandensein eines nationalen historischen Konsenses auszugehen, und stattdessen vorgeschlagen, durch eine Vielzahl historischer Ausstellungen zu unterschiedlichen Themen auf lange Sicht einen solchen Konsens heranreifen zu lassen und erst danach die Frage einer repräsentativen Ausstellung zur deutschen Geschichte, mit einem breiten Material- und Erfahrungshintergrund, wieder aufzugreifen. Diese Anregung gilt heute nicht minder. Gerade angesichts der außerordentlich divergierenden Vorstellungen über das, was unter dem Begriff der deutschen Nation heute zu verstehen ist und angesichts der vielbeklagten, aber durch historische Kraftakte nicht beseitezuschiebenden deutschen Identitätskrise, erscheint der Zugriff der Berliner Museumsplanung, die Geschichte der Gesamtnation in einmaliger Weise zu präsentieren, geradezu als Vermessenheit. Die extreme Raffung, zu der der nationalgeschichtliche Ansatz und die Natur eines künstlichen Museums, in dem über die Auswahl der Objekte eben nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Verfügbarkeit entschieden werden kann, werden immer wieder grundsätzliche politische Optionen erzwingen, zumal selbst bei der großzügigsten Gestaltung des Neubaus einfach nicht der Raum verfügbar sein wird, um abweichende geschichtliche Interpretationen konkurrierend zur Darstellung zu bringen. Die fehlende inhaltliche Prioritätensetzung wird den Teufel im Detail multiplizieren. Spätestens dort wird die fachliche Objektivität der Experten äußersten Belastungen ausgesetzt sein, denn die Begrenztheit der Ausstellungsräume wird den sonst in der Regel angetretenen Fluchtweg in positivistische Materialbreite versperren, und die Museums-„Macher“, die um Effekt und äußere Attraktivität bemüht sein müssen, werden ein übriges hinzutun. Die „Preußen“-Ausstellung ist ein gutes Beispiel für die Irrwege, die sich hier öffnen, nur daß sie eben nicht für die Dauer konzipiert war und daher als ein ohne Zweifel höchst bemerkenswerter, aber nur als ein Diskussionsbeitrag unter möglichen anderen betrachtet werden konnte.

Die von der Berliner SPD eingesetzte Expertengruppe hat im November 1985 ein von den bis dahin auf Seiten der Kommission des Bundesbauministers vorliegenden Vorstellungen abweichendes Ausstellungskonzept vorgebracht. Es ist denkbar, daß einzelnes davon in die offizielle Planung Eingang findet. Aber im Grundsätzlichen besteht einstweilen wenig Konsens. Dies bezieht sich in erster Linie auf den gesamtnationalen Anspruch des projektierten Museums, der auch in dem gewählten Titel Ausdruck findet. Letzterer entspricht der ausdrücklichen Willenserklärung des Bundeskanzlers selbst und stellt damit eine politische Vorgabe vor, die sich auch für die berufenen Sachverständigen als Zwangsjacke erweisen dürfte. Nicht zufällig ist daher in der angeführten Denkschrift der Berliner SPD die Unabhängigkeit des einge-

setzten Planungsstabs, wenngleich dessen Zusammensetzung ihren Vorstellungen in keiner Weise entgegenkommt, nachdrücklich gefordert worden. Das schließt die Forderung nach einer breiten öffentlichen Debatte nicht aus. Auch in anderer Hinsicht verbinden sich mit der Errichtung eines „Deutschen Historischen Museums“ bestimmte Optionen, die mit fundamentalen politischen Wertentscheidungen zusammenhängen und die nicht mit der Berufung auf die formalen Grundlagen der westdeutschen Verfassungsordnung abgetan sind. Deshalb sollte die Bedeutung der legitimatorischen Funktion, die historischen Vorhaben dieser Art zukommt, nicht gering eingeschätzt werden.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß die Bundesregierung erneut im Begriff ist, die Chance auszuschlagen, die Errichtung eines repräsentativen Zentrums der geschichtlichen Selbstdarstellung nicht im größtmöglichen Konsens der politischen Kräfte der Bundesrepublik und West-Berlins vorzunehmen, sondern es schließlich den Bürgern in der Form eines „fertigen“ Objekts zu präsentieren, an dessen Entwicklung sie keine Mitwirkungschancen gehabt haben. Dieses Verfahren ist nur dem Scheine nach effizienter als ein gewiß mühsamer und langwieriger öffentlicher Diskurs. Indessen ist die Rechtfertigung eines solchen ungewöhnlich aufwendigen Beginns überwiegend darin zu suchen, durch die Beschäftigung mit der Geschichte unserer Gesellschaft (eben nicht nur mit derjenigen des „Staates“, wie es die einleitend zitierte Wendung Oscar Schneiders besagt) den Grundkonsens über die bestimmenden politischen Werte zu vertiefen. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Aufarbeitung der Bürden unserer jüngsten Vergangenheit und ebensosehr die Überwindung nationalistischer Verengung und der daraus entspringenden spezifisch deutschen Neigung zum politischen Autismus, der die Bedingungen und Bedürfnisse der Nachbarvölker verkennt.

Jede Form eines gleichsam „verordneten“ Geschichtsbilds, das, um nicht anstößig zu sein, den Weg in eine Konturen und Kontroversen verdeckende Geschichtsdarstellung eines juste milieus mit konservativem Vorzeichen geht, wird dieser Absicht zuwiderlaufen und nur dazu beitragen, die Verdrossenheit gegenüber der Beschäftigung mit zentralen Hypothesen unserer Geschichte zu vermehren. Dadurch wird zugleich der höchst bedauerlichen Tendenz Vorschub geleistet, daß sich hierzulande eine gespaltene Museumskultur ausbreitet, die sich längs überholter Klassengrenzen etabliert und die politischen Lager historisch versteinert.

Gerade in Anbetracht der Tatsache, daß beide „Häuser der Geschichte“ vor allem die jüngere Generation ansprechen sollen, wäre das Konzept eines Forums der Geschichte, das Ausstellungen, historische Workshops, Filmvorführungen, historische Workshops, Filmvorführungen, Filmmaterial, Leseräume und Videotheken zu unterschiedlichen Themen und Gegenständen bereit hält, vorzuziehen gewesen. Im Planungsstab des Bundesbauministers vermißt man daher Vertreter der jüngeren Generation und Sachverständige für Jugendpsychologie. Das herkömmliche Institut des Museums, das gerade in der Berliner Planung erneuert wird, erscheint demgegenüber als antiquarische, primär bildungsbürgerliche Ein-

richtung, die schwerlich auf die Interessenlage der breiten Schichten der Arbeitnehmerschaft zugeschnitten ist, selbst wenn die Probleme der Arbeitswelt, wie im Falle des Bonner „Hauses der Geschichte“ offiziell zugesagt, eine schwerpunktmäßige Behandlung finden. Daß die „Wirtschafts- und Sozialgeschichte und die Entwicklung der alltäglichen Lebensformen und Lebensbedingungen“ eine besondere Berücksichtigung finden, hat der Bundeskanzler dem Vorsitzenden des DGB ausdrücklich zugesichert, ohne daß dies auf die Zusammensetzung der beiderseitigen Planungsstäbe, in denen die Gegner der Alltagsgeschichte bei weitem überwiegen, irgendeine Auswirkung gehabt hätte.

Die Anregung Ernst Breits, die Gesamtplanung in die Hände des Bundespräsidenten zu legen, hat Bundeskanzler Kohl in seinem Antwortschreiben vom 20. August 1985 ebenso übergangen wie die Forderung einer größeren politischen Ausgewogenheit der Planungsstäbe und eines „stärker an demokratischer und wissenschaftlicher Öffentlichkeit orientierten Vorgehens“. Die Bereitschaft zu wirklicher Kooperation ist durch den Hinweis auf einen künftigen Beirat mit beratender Funktion in den Bereich des Unverbindlichen abgeschoben worden. Daß sich der DGB mit keinem der den Arbeitsstäben angehörenden Wissenschaftler vertreten weiß, ist nach der Politik der vollendeten Tatsachen, mit denen die Bundesregierung, auch unter weitgehender Umgehung des Deutschen Bundestags, vorgeht, wenig verwunderlich. Daß ihnen kein Historiker angehört, der sich bisher durch Beiträge zur politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hervorgetan hat, ist gewiß nicht nur der Eile und den Kooptationsmechanismen in führenden Historikerkreisen anzulasten. Vielleicht wird es jüngere Mitarbeiter geben, die diesen unverzichtbaren Teil der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert und der Bundesrepublik kompetent einbringen. Einstweilen ist in dieser Beziehung Mißtrauen geboten.

Jedenfalls ist es notwendig, die Öffentlichkeit in alle Arbeitsstufen der beiden Projekte stärker einzuschalten als bisher. Es genügt nicht, nach bewährtem Muster den Verbänden nachträglich ein Mitberatungsrecht einzuräumen und dadurch den Anspruch der Ausgewogenheit als erfüllt zu betrachten. Die Öffentlichkeit ebenso wie die sich ihrer demokratischen Verantwortung bewußten politischen Kräfte werden schwerlich bereit sein, sich weiterhin, wie im Fall des Bonner „Hauses der Geschichte“, mit bloß verbalen Zusicherungen abspeisen zu lassen, etwa wie sie auch im zitierten Brief des Bundeskanzlers vom Spätsommer 1985 in dem lapidaren Satz enthalten sind: „Kritischen Äußerungen wurde Rechnung getragen“.